

Kellner: „Das geht ins Leere“

Leer. Die Liberalen des Stadtrates in Leer melden sich zum Thema Soziale Stadt zu Wort. Sie fordern die Stadtverwaltung auf, Zahlen für zu erhebenden Anliegerbeiträge zu ermitteln - notfalls über ein externes Büro.

„Die Karten müssen endlich auf den Tisch, bevor der Widerstand weiter eskaliert“, spricht die FDP die kürzliche Gründung einer Bürgerinitiative gegen die Soziale Stadt an. Nur durch eine frühzeitige Kostenanalyse sei ein nötiger Konsens mit den betroffenen Hauseigentümern im Bereich der

Sozialen Stadt möglich, heißt es in einer Pressemitteilung. Die FDP zeigt Verständnis für die verärgerten Anwohner, die nicht „die Katze im Sack“ kaufen möchten. Die Stadtratsfraktion könne die angebliche Nichtberechnungsmöglichkeit der Beiträge nicht nachvollziehen. Wenn nach Ende der Maßnahmen gerechnet werden könne, so müsse auch eine Hochrechnung vor Beginn möglich sein. „Nur der Wille ist entscheidend“, so die Liberalen.

Bürgermeister Wolfgang Kellner winkt ab. „Das geht doch ins Lee-

re.“ Es werde überhaupt keine Anliegerbeiträge bezahlt werden müssen. Genau das sei ein wichtiger Punkt der Sozialen Stadt. Wenn eine Straße neu gebaut werde, müsse kein Anwohner die Kosten dafür tragen. Aber: Nach Ende der Sanierung werde eine eventuelle Wertsteigerung des Grundstücks durch einen Gutachter-Ausschuß des Katasteramtes festgestellt. Die werde dann abgeschöpft. „Zu den Kosten kann aber noch keiner was sagen, da noch keine Maßnahme beschlossen ist“, so Kellner. **tro**